NEWSLETTER VERTEIDIGUNG

03. NOVEMBER 2026 I ISSN 2194-0088 I 19. JAHRGANG

AUSGABE 43

Kommunikation im Extremfall

Die Bundeswehr bei MURE 26



© Bundeswehr/Anne Weinrich

2
Die Gesichter der Randale

7
Der Verteidigungsminister zu Besuch bei der Industrie

10
Deutsch-britischer Defence Ministerial Council in Berlin

13
Die zivil-militärische Übung Mutuality & Reciprocity (MURE)

16
Auftrag für Airborne-Laser-Demonstrator erteilt

KORREKTUR

Im NV 42-2026 ist es im Beitrag „Der Spannungsfall im Recht und in der Politik“ am Anfang zu einer Verwechslung gekommen: Der beschriebene Verteidigungsfall steht in Art. 115a Grundgesetz. Wir bitten, dies zu entschuldigen.

Die Gesichter der Randale



Manfred Opel

Von Manfred Opel

Das Land sicherer machen – auch vor uns selbst

Dieser Tage fragen wir uns, zumeist unter ungläubigem Kopfschütteln angesichts der offensichtlichen Hilflosigkeit der Behörden gegenüber der in bestimmten größeren Städten grassierenden, kaum gebremsten Randale:

Wie kann es uns gelingen, wenigstens in Zukunft erfolgreich gegen solche zerstörerische und unsinnige Gewalt vorzugehen? Welche Möglichkeiten gibt es, unser Land im Inneren deutlich sicherer zu machen? Weshalb wurden die heute bereits vorhandenen Möglichkeiten der Gewalterkennung, der Gewaltprävention sowie der Gewaltabwehr von den offiziellen deutschen Behörden und Sicherheitsdiensten nicht umfassend angewandt und bestimmte Gewaltmittel der Angreifer zum Teil sogar nicht einmal untersagt?

Dabei ist es von besonderem Interesse, wer aus dem politischen Bereich allein die Anwendung bestimmter Möglichkeiten zur Täteridentifizierung bisher massiv ablehnte und sogar offen politisch bekämpfte. Denn solche sehr effektiven, auch präventiven Möglichkeiten gibt es bereits seit einiger Zeit.

Es muss unabdingbar gelten: Wer nicht alle Möglichkeiten der Täteridentifizierung nutzt, der schadet unserem Staat und damit auch Europa.

Eine Aufstellung der vom 30. Oktober 2026 bis zum 1. November 2026 in deutschen Städten (inklusive der Halloween- und „Gen Z regelt“-Proteste) entstandenen Schäden sowie deren vermutliche Beseitigungskosten liegt vonseiten der Behörden und der Polizei bis heute (02.11.2026) noch nicht offiziell vor. Doch erste grobe Schätzungen gehen von Schäden in Höhe von einer Gesamtsumme von bis über 100 Millionen Euro aus. Dazu muss man noch den Sonderaufwand rechnen, den die Menschen zum Schutz ihres Eigentums betreiben mussten. Dieser zusätzliche protektive Aufwand liegt sicherlich noch einmal etwa in gleicher Höhe.

Dazu hier einige Beispiele:

- **Frankfurt am Main (Zeil & Innenstadt)**
  Es wurden mindestens 20 Geschäfte durch Vandalismus ernsthaft beschädigt und/oder geplündert, darunter auch ein Waffen- und ein Juweliergeschäft. Die Schadenssumme, allein für die zerstörten Schaufenster, die entwendeten Waren (wie z.B. hochwertige Elektronik und Bekleidung) und die Schäden an der städtischen Infrastruktur dürfte sich mindestens im sieben- oder niedrigen achtstelligen Euro-Bereich bewegen.
- **Köln (Domplatte & Südstadt)**
  Neben Angriffen auf Einsatzkräfte kam es dort zu Vandalismusschäden im Innenstadtbereich. Unter anderem wurden Scheiben durch geworfene E-Scooter zerstört und Barrikaden errichtet.
- **Leipzig (Südstadt)**
  Eine Gruppe von Chaoten zerstörte Bus- und Straßenbahnhaltestellen und warf Verkehrsschilder und Baustelleneinrichtungen auf die Fahrbahnen sowie auf die Gleise. Sie nahmen dabei Schäden an Menschen und Material bewusst in Kauf.

Der Gesamtschaden

Ein erster lokaler Bericht der Polizei in Mitteldeutschland sprach in einem verwandten Kontext von einer vorläufigen Schadenshöhe von rund 200.000 Euro für punktuelle Schäden bei lokalen Versammlungen. Ergänzend kam es an mehreren Orten zu indirekten Schäden, weil das innerstädtische Wirtschaftsleben in den betroffenen Städten und Regionen beeinträchtigt wurde.

Die polizeilichen Ermittlungen, Spurensicherungen und Schadensaufnahmen an den zahlreichen Tatorten dauern noch mehrere Tage lang an. Die Behörden bezeichnen die materiellen Schäden bei geplünderten Läden, beschädigten Fahrzeugen und der städtischen Infrastruktur jedoch bereits jetzt als beträchtlich.

Das ist in seinen Folgen ebenso, als hätten die Täter diese Summe öffentlich verbrannt. Die Ukraine hätte zum Beispiel mit diesem Geld ihre Luftabwehr so steigern können, dass sie hunderte Angriffswaffen Putins hätte neutralisieren können. Das heißt im Grunde sogar, dass die Täter vom letzten Oktoberwochenende indirekt die Schuld dafür tragen, dass in dieser Zeit in der Ukraine viele Personen getötet oder verletzt wurden oder ihre Häuser verloren. Genau das – nicht nur ausgeraubte oder zerstörte Geschäfte – beschreibt die Schuld, die diese Personen auf sich geladen haben. Und niemand von ihnen kann dabei allen Ernstes behaupten, er oder sie habe das nicht wissen können oder gar nicht gewollt. In diesem Zusammenhang darf man zudem nicht verschweigen, wie viele Unbeteiligte, Retter und Polizisten sowie zivile Unbeteiligte in ganz Deutschland durch diese kriminelle Randale verletzt und geschädigt wurden.

Die inoffizielle bundesweite Gesamtschadenssumme der Krawalle von diesem Wochenende (30. Oktober bis 1. November 2026) und die Kosten für den bundesweiten Polizeieinsatz liegen jedoch, folgt man den aktuellen Angaben der Sicherheitsbehörden und des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) bei mindestens 20 Millionen Euro.

Bisherige Erkenntnisse zum Schadensausmaß

- Infrastruktur & Fahrzeuge: In mehreren Städten (besonders massiv im Hamburger Stadtteil Dulsberg) wurden Baustellenabsperrungen, E-Scooter und Müllcontainer als Barrikaden genutzt und angezündet. Nahezu zehn Fahrzeuge brannten allein in Hamburg vollständig aus.
- Plünderungen & Sachbeschädigungen: In der Frankfurter Innenstadt (Zeil) und in Köln kam es zu gezielten Sachbeschädigungen an Ladenlokalen. Unter anderem wurden Schaufensterscheiben eingeworfen, Geschäfte geplündert und teils mit Molotow-Cocktails angegriffen.
- Umsatzeinbußen: Da Verbände im Vorfeld vor einer Eskalation gewarnt hatten, schlossen Einzelhändler wie Douglas präventiv Filialen am verkaufsoffenen Samstag, was zu zusätzlichen, noch nicht bezifferbaren wirtschaftlichen Ausfällen führte.



© Roy Zuo, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

Die Menschen, die an Gen-Z-Protesten teilnehmen, wissen meistens nicht, dass sie tatsächlich politisch instrumentalisiert werden.

Einordnung der Schadensarten

Der Gesamtschaden dieser bundesweiten Randale wird sich, folgt man der finalen Auswertung, aus drei Hauptbereichen zusammensetzen:

- **1. Gewerbliche Schäden**
  Kosten für den Austausch zerstörter Glasfronten und Sicherheitsbarrieren sowie die Summe geraubter Warenwerte bei den Plünderungen
- **2. Infrastrukturschäden**
  Zerstörte Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs, verbrannte Müllcontainer, Beschädigungen an Straßenbelägen durch brennende Barrikaden sowie demolierte Straßenschilder, zerstörte Infrastruktur und Anderes.
- **3. Private Sachbeschädigungen**
  Typische Halloween-Vandalismusschäden an Fahrzeugen (zerschlagene Spiegel, zerkratzter Lack) und Wohngebäuden (beschmutzte Fassaden, demolierte Briefkästen



Auch in Düsseldorf wurden Geschäfte zu teilweise erheblichen Kosten gegen Randale abgesichert.

© Kürschner (talk) 15:36, 30 October 2026, CCo, via Wikimedia Commons

Wie üblich wollen die offiziellen Organisatoren der Ereignisse, aus denen die hier genannten jüngsten Krawalle entstanden, nichts mit den Schäden zu tun haben. Das jedoch ist vollkommen unglaubwürdig, denn Sie nahmen diese zumindest billigend in Kauf. Die Organisation „Gen Z regelt“, die allein deshalb eine der Hauptverantwortlichen für die Schadensereignisse ist, weil sie die genannten Proteste alleinverantwortlich organisiert hat, ist jedoch bislang im Einzelnen öffentlich unbekannt und darüber hinaus auch weitgehend anonym. Sie ist dabei jedoch, zusammen mit ihren „Freunden“, der lebende Kern hinter all den Krawallen und Zerstörungen. Deshalb muss man den Schleier lüften, den sich diese Aktivistinnen und Aktivisten selbst übergezogen haben.

Um es ganz klar zu sagen: Hinter der Initiative „Gen Z regelt“ verbirgt sich ein weitgehend gesichtsloser und angeblich loser Zusammenschluss von vorgeblich „jungen Menschen“, der sich im Oktober 2026 primär über soziale Medien wie TikTok, Instagram und den Nachrichtendienst Telegram in Deutschland formiert hat.

Die mysteriöse „Generation Z“

Hinter der „Generation Z“ (kurz „Gen Z“) verbirgt sich jedoch in Wahrheit eine Alterskohorte von Menschen, die etwa zwischen 1995 und 2012 geboren wurden. Gelegentlich werden die Angehörigen dieser Gruppe auch als „Zoomer“ bezeichnet. Sie folgen auf die „Generation Y“ (Millennials) und werden von der „Generation Alpha“ abgelöst. Mittlerweile ist die Mehrheit von ihnen im erwerbsfähigen Alter oder befindet sich in der Ausbildung.

Die wichtigsten Merkmale der „Gen Z“:

- **True Digital Natives**
  Sie ist die erste Generation, die vollständig in einer digitalisierten Welt mit Smartphones, Social Media und permanentem Internetzugang aufgewachsen ist.
- **Krisenerprobt, mit Zukunftssorgen**
  Ihre Lebensrealität ist stark durch globale Krisen geprägt – darunter die COVID-19-Pandemie, der Klimawandel, wirtschaftliche Unsicherheiten und die Sorge vor Kriegen.
- **Fokus auf Mental Health**
  Im Vergleich zu früheren Generationen thematisieren sie psychische Belastungen, Stress und Burnout offen und fordern gesellschaftliche Unterstützung ein.
- **Neue Werte in der Arbeitswelt**
  Die „Gen Z“ fordert von Arbeitgebern eine klare Trennung von Beruf und Privatleben (Work-Life-Balance), flache Hierarchien, Flexibilität sowie eine sinnstiftende Tätigkeit („Purpose“).

Gesellschaftliches Engagement

Die „Generation Z“ ist keineswegs „unpolitisch“, „arm“ oder „untätig“. Sie ist heute Teil einer internationalen Kraft geworden, die ihre Wurzeln im engsten Umfeld von Donald Trump hat.

Finanziell ist die ursprünglich rein amerikanische „Gen Z“ heute hervorragend ausgestattet und kann sich viel von dem leisten, was sie sich wünscht. Ihre „Anführer“ (zumeist Männer) sind überdurchschnittlich vermögend; oft mehrfache Millionäre. Insbesondere mit Hilfe ihrer politischen Initiativen, wie „Gen Z regelt“, organisieren diese jungen Menschen z.B. europaweit Großdemonstrationen. Sie gehen auf die Straße, angeblich, um für bessere Bedingungen an Schulen und Universitäten, finanzielle Entlastungen bei den Lebenshaltungskosten, mehr Klimaschutz und gegen eine mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht zu kämpfen.

In Wahrheit aber verfolgen sie ausschließlich jene Ziele, die auch das reiche, US-amerikanische Establishment verfolgt.

Der Begriff „Gen Z“ greift dabei das umgangssprachliche „etwas regeln“ auf (im Sinne von „wir kümmern uns darum“ oder „wir lösen das Problem“). Er drückt eine Mischung aus jugendlicher Ironie und dem ernsthaften Willen aus, die eigene Zukunft selbst in die Hand zu nehmen, weil man sich von der aktuellen Politik im Stich gelassen fühlt. Gen-Z-Organisationen und -Bewegungen haben sich in den letzten Jahren zu einem weltweiten Phänomen entwickelt, das sowohl digitale Plattformen als auch massive Straßenproteste nutzt. Angetrieben von globalen Krisen, hoher Jugendarbeitslosigkeit, steigenden Lebenshaltungskosten und mangelnden Zukunftsperspektiven formieren sich „junge Menschen“ der Jahrgänge 1995 bis 2012 zunehmend in dezentralen, schlagkräftigen Organisationen.

Auffallend ist jedoch, dass die Führungspersonen von „Gen Z“ einerseits nicht mehr allzu „jung“ sind, in der Regel über ein nachgewiesen siebenstelliges Dollar-Jahreseinkommen verfügen sowie zumeist in den USA beheimatet sind.

Das nährt zumindest den Verdacht, dass es sich dabei um einen Ableger der ebenso zerstörerischen wie egomanischen milliardenschweren Trump-Organisationen handelt. Auf jeden Fall ist die bekannte Aktivistin Greta Thunberg ein Mitglied und auch der ermordete Trump-Propagandist Charlie Kirk gründete gezielt eine konservative Organisation, um die Generation Z für Donald Trump und seine politische Agenda zu mobilisieren. Die Trump-Kampagne nutzt dabei strategisch ganz bewusst „Alternative Media“, darunter populäre Streamer, Podcaster (z. B. Adin Ross, Joe Rogan) und Formate im Umfeld der sogenannten „Barstool-Konservativen“, um insbesondere junge Männer für die Gen-Z-Bewegung zu gewinnen.

Sicher ist zudem, dass die „Gen Z“ über viele hunderte von Millionen Euro an liquidierbarem Vermögen verfügt, dass sie jederzeit für ihre Zwecke verwenden und einsetzen kann.



© Axel Hindemith, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Nicht nur rechte Gruppen missbrauchen junge Menschen zur Einflussnahme auf die Politik: Die Protestserie „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ wurde zu großen Teilen von linksextremen Gruppierungen, wie der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) oder der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands mitorganisiert.

Wer steckt hinter „Gen Z regelt“?

Um diese umfassende Frage zu beantworten, muss man zu den Wurzeln dieser Bewegung in den USA zurückkehren. „Gen Z“ meint eigentlich eine politische Bewegung, die junge konservative Amerikaner und Amerikanerinnen Anfang der 2000er Jahre starteten, um kundzutun, dass sie die 2000er Jahre „für sich und für ihre Ideen“ einnehmen wollen. Deren wichtigste Organisationen sind:

- **RNC Youth Advisory Council**
  Das Jugendberatungskomitee des Nationalkomitees der Republikaner (RNC) unter der Leitung von Gen-Z-Aktivisten wie Brilyn Hollyhand arbeitet eng mit der republikanischen Parteispitze zusammen, um junge Wähler für Trumps Politik zu gewinnen.
- **Turning Point USA (TPUSA)**
  Diese vormals von Charlie Kirk geleitete Organisation gilt als eines der einflussreichsten Netzwerke. Sie agiert auf fast jedem US-Universitäts-Campus als „Schlachtfeld“. Sie wirbt in sozialen Medien massiv für Trumps „MAGA“-Bewegung und dient in den USA der ideologischen Mobilisierung junger Konservativer.

Während in manchen Regionen strukturierte Vereine oder digitale Gemeinschaften dominieren, äußert sich die Gen-Z-Organisationskraft in vielen Ländern des globalen Südens sowie in Europa derzeit vor allem in Form von Massenprotestbewegungen, die über soziale Medien wie TikTok, Discord oder Facebook koordiniert werden.

Man darf sich daher letztlich nicht darüber wundern, dass die Gen-Z-Organisation auch im von ihr gehassten Frankreich zugeschlagen hat.

So schließt sich der Kreis: Die jüngsten massiven Krawalle der „Gen Z“ in Europa waren wohl nichts weniger als eine „Botschaft“ aus dem Weißen Haus an besondere „Europäische Freunde“ des Präsidenten.

Die Frage ist dabei nur, wer das nächste europäische Opfer sein wird?

Diese Botschaft sollte seitens der Politik nicht unbeantwortet bleiben. Nicht plump oder gar devot; sondern selbstbewusst und mit erhobenem Haupt.



Auf den Philippinen dauern die teilweise gewaltsamen Gen-Z-Proteste seit September 2025 bis heute an und führten bereits zum Rücktritt mehrerer Amtsträger. Die Organisation der Proteste erfolgt auch hier über Social Media.

© Cybernetic boyfol, CC BY SA 4.0, via Wikimedia Commons

Über den Autor: Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemalig MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftung: Daniel Kromberg

Verteidigungsindustrie

Deutschland ist auf eine starke Rüstungsindustrie angewiesen

Verteidigungsminister Boris Pistorius hat am 29. Oktober 2026 vier Unternehmen der Verteidigungsindustrie im Raum München besucht: Airbus Defence and Space, MBDA Deutschland, Helsing und Hypersonica. Im Fokus standen unter anderem hochmoderne Drohnen und Flugkörper – Waffensysteme, die einen wichtigen Beitrag zur Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr leisten.

„Viele von unseren internationalen Partnern beneiden uns um unsere großartige Mischung aus etablierten Großunternehmen, einem leistungsstarken Mittelstand und einer innovationsfreudigen Start-up-Szene“, hob Pistorius bei seiner Reise zu den vier Rüstungsunternehmen hervor. Angesichts der verschärften Sicherheitslage in Europa muss Deutschland verteidigungsbereit werden. Konkret heißt das: die Bundeswehr modernisieren, Beschaffung beschleunigen und die Produktion von Rüstungsgütern massiv hochfahren. Dafür, das betonte der Minister in der Vergangenheit immer wieder, setze er auch auf die deutsche Industrie.

> ***Wir haben in Deutschland eine unglaublich starke, innovative und kreative Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.“***
>
> *Verteidigungsminister Boris Pistorius*



© Bundeswehr/Norman Jankowski



© Bundeswehr/Tom Twardy

Der erste Stopp auf der Reise von Verteidigungsminister Boris Pistorius: Airbus Defence and Space in Manching. Hier schaut sich der Minister unter anderem die neue Jagdbomberdrohne Valkyrie an.

Jagdbomberdrohnen bei Airbus Defence and Space

Im Mittelpunkt bei Airbus Defence and Space in Manching stand die Präsentation der neuen Jagdbomberdrohne Valkyrie. Die Valkyrie ist ein unbemanntes Kampfflugzeug des US-Herstellers Kratos, das für autonome Einsätze sowie den gemeinsamen Einsatz mit bemannten Kampfflugzeugen entwickelt wurde. Seit Juli 2025 kooperieren Kratos und Airbus bei der Weiterentwicklung der Valkyrie für den europäischen Markt. Verteidigungsminister Pistorius schaut sich aktuell mehrere dieser unbemannten Kampfflugzeuge an. Sie dienen der Bekämpfung von Bodenzielen in stark verteidigten Räumen und sind ab dem Jahr 2035 eine NATO-Forderung – auch an Deutschland.

Vom Eurofighter bis zum Transportflugzeug A400M – als größter Auftragnehmer der Bundeswehr nimmt Airbus eine zentrale Rolle für die Ausrüstung und Funktion der deutschen Streitkräfte ein. Airbus Defence and Space ist das zentrale Unternehmen des Konzerns im militärischen Bereich in Deutschland. Am Standort Manching erfolgt unter anderem die Endmontage des Eurofighters mit Systemtests und Flugerprobung.

Kamikazedrohnen bei Helsing

Bei Helsing in München standen Loitering Munition Systems, Drohnen und Künstliche Intelligenz im Fokus. Vor allem im Bereich der Loitering Munition – umgangssprachlich Kamikazedrohnen – ist Helsing ein wichtiger Partner der Bundeswehr. Durch das parallele Vorgehen bei der Beschaffung von Loitering Munition Systems ist die Bundeswehr aber nicht von nur einem Hersteller abhängig, sondern stellt die Versorgungssicherheit unter Wettbewerbsbedingungen und die Berücksichtigung von Innovationszyklen sicher.

„Wir sind bei der Beschaffung von Loitering Munition neue Wege gegangen“, unterstrich Pistorius bei seinem Besuch. „Wir warten nicht, bis uns Unternehmen Waffensysteme in Hochglanzbroschüren vorlegen. Sondern wir setzen Anreize, damit neue, innovative Ideen getestet und entwickelt werden.“ Klares Ziel sei es, die Panzerbrigade 45 in Litauen ab 2027 mit Loitering Munition auszustatten.



© Bundeswehr/Tom Twardy

Den letzten Stopp legte der Verteidigungsminister bei dem Technologie-Start-up Hypersonica ein. Das Thema Hyperschalltechnologie wird auch für die Bundeswehr immer wichtiger.

Flugkörperproduktion bei MBDA Deutschland

Außerdem ging es für den Minister nach Schrobenhausen zu MBDA Deutschland. Vor knapp zwei Jahren hatte Pistorius hier den ersten Spatenstich für ein neues Produktionsgebäude für Patriot-Lenkflugkörper ausgeführt. Nun konnte sich der Minister selbst vom Fortschritt beim Ausbau der Produktionskapazitäten überzeugen. Daneben bildeten auch die Themen Hyperschall und der Ausbau von Deep-Precision-Strike-Fähigkeiten bis 2029 inhaltliche Schwerpunkte des Besuchs. Der Rüstungskonzern MBDA mit Hauptsitz in Le Plessis-Robinson bei Paris ist weltweit führend für Lenkflugkörpersysteme und an diversen Bundeswehr-Projekten beteiligt.

Hyperschalltechnologie bei Hypersonica

Hypersonica ist ein Start-up mit technologischer Kompetenz bei der Entwicklung und Herstellung hypersonischer Flugkörper – ein Thema, das auch für die Bundeswehr immer wichtiger wird. Denn um gegnerische Luftverteidigungssysteme zu überwinden, streben Deutschland und Großbritannien die Entwicklung eines hyperschallfliegenden konventionellen Flugkörpers an. Daher bekam der Verteidigungsminister bei Hypersonica eine Standortführung.



© Bundeswehr/Tom Twardy

Pistorius würdigt Ukraine-Engagement

Pistorius würdigte auch das Ukraine-Engagement vieler Hersteller. Deutsche Unternehmen, unterstrich der Verteidigungsminister, leisteten einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Ukraine. Sie entwickelten Lösungen, damit sich die Ukraine gegen die Angriffe Russlands verteidigen könne.

Zudem biete Deutschland sichere Produktionsstätten und profitiere gleichzeitig von der Innovationskraft der Ukraine und ihren Erfahrungen auf dem Gefechtsfeld, hob der Minister hervor: „Diese Zusammenarbeit liegt also im gegenseitigen Interesse – ausdrücklich auch in unserem. Wir lernen von der Ukraine. Das ist der Kern unserer strategischen Partnerschaft."

Neben tiefgründigen Gesprächen mit der Geschäftsführung tauschte sich der Minister auch mit Mitarbeitenden und Arbeitnehmervertretungen der vier Unternehmen aus. Zum Abschluss seiner Reise betonte Pistorius noch einmal: Deutschland und seine Verbündeten seien auf eine starke, moderne und innovative Verteidigungsindustrie angewiesen.

Text: Lara Finke

Sicherheitspolitik

Deutschland und Großbritannien: Fortschritt bei bilateralen Schlüsselprojekten

Verteidigungsminister Boris Pistorius und sein britischer Amtskollege Wes Streeting haben sich am 2. November 2026 zum deutsch-britischen Defence Ministerial Council in Berlin getroffen. Gesprächsthemen waren die Weiterentwicklung der bilateralen Projekte, Europa in der NATO sowie die Unterstützung der Ukraine. Das Format stellt die oberste Ebene des Austauschs im Rahmen der Trinity-House-Vereinbarung dar.

Zu Beginn des Treffens in Berlin untermauerte Verteidigungsminister Pistorius den Stellenwert Großbritanniens als strategischen Partner Deutschlands: Beide Länder stimmten sich in allen zentralen Fragen der europäischen Sicherheit und Verteidigung eng miteinander ab. Gemeinsam übernehme man Verantwortung und arbeite kraftvoll auf ein stärkeres Europa in einer stärkeren NATO hin, so Pistorius. In einer Zeit, in der das Sicherheitsumfeld in Europa immer herausfordernder werde, seien Zusammenarbeit, gegenseitiges Vertrauen, gemeinsames Engagement und gemeinsame Werte wichtiger denn je.

> *„Das deutsch-britische Verhältnis ist so gut wie nie zuvor. Wir sind in den vergangenen Jahren noch enger zusammengewachsen. Wir stehen Seite an Seite als Führungsnationen im Bündnis.“*
>
> *Verteidigungsminister Boris Pistorius*





Verteidigungsminister Boris Pistorius und sein britischer Amtskollege Wes Streeting trafen sich am 2. November 2026 zum deutsch-britischen Defence Ministerial Council in Berlin.

„Die Beziehung, die wir mit Deutschland pflegen, ist eine der stärksten, engsten und verlässlichsten Freundschaften, die wir haben“, betonte auch Großbritanniens Verteidigungsminister Wes Streeting. Anlässlich seines ersten Besuchs im Bendlerblock wurde Streeting mit militärischen Ehren begrüßt. Seit dem 20. Juli 2026 steht er an der Spitze des britischen Verteidigungsressorts.

Strategische Partner: Gemeinsam für ein sicheres Europa

Zentraler Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Großbritannien ist die Trinity-House-Vereinbarung vom Oktober 2024. Das Verteidigungsabkommen umfasst wegweisende Projekte in den Bereichen Land, Luft, See, Weltraum, Cyber- und Informationsraum sowie konkrete Vorhaben zu weitreichenden Präzisionswaffen, unbemannten Systemen und dem Schutz kritischer Unterwasserinfrastruktur. Es soll die Streitkräfte enger miteinander vernetzen und die europäische Säule innerhalb der NATO stärken. Dafür sieht das Abkommen auch die regelmäßigen Treffen auf Ministerebene vor, die vorrangig der Koordination dienen. Im Fokus stehen dabei die Fortschritte der Schlüsselprojekte aus dem Abkommen – aber auch Weichenstellungen für die künftige Zusammenarbeit sowie die Identifizierung neuer Kooperationsfelder sollen in dem Format stattfinden.

Zwei Jahre nach Inkrafttreten der Trinity-House-Vereinbarung seien die Ergebnisse der deutsch-britischen Zusammenarbeit greifbar, betonte Pistorius im Anschluss an das Treffen: „Diese Vereinbarung hat unsere bilaterale Zusammenarbeit noch einmal nachdrücklich und massiv gestärkt. Wir stimmen uns nicht nur ab, wir machen nicht nur Pläne, sondern wir setzen die Pläne ganz konkret um.“

So sieht‘s aus: Sachstand der Trinity-House-Schlüsselprojekte

Bei den in der Trinity-House-Vereinbarung vorgesehenen regelmäßigen Treffen auf Ministerebene geht es vor allem um die Fortschritte bei den Schlüsselprojekten aus dem Abkommen. Gleichzeitig sollen Umsetzung und Weiterentwicklung der Projekte vorangetrieben und neue Initiativen gefördert werden.

- Deep Precision Strike – abstandsfähige Präzisionswaffen: Die Abstimmungen mit der Industrie seien eng, so Pistorius zu dem deutsch-britischen Vorhaben, eine weitreichende Präzisionswaffe mit einer Reichweite von mehr als 2.000 Kilometern zu entwickeln. Dabei stehe bereits die Beteiligung weiterer europäischer Partner im Raum.

- Zusammenarbeit Luftstreitkräfte: Die Luftwaffen Deutschlands und Großbritanniens haben gemeinsam einen detaillierten „Flugplan“ entwickelt, der die Parameter der Zusammenarbeit über das gesamte Spektrum ihrer verschiedenen Fähigkeiten definiert. Der nächste Schritt ist die konkrete Umsetzung der einzelnen Elemente: So ist beispielsweise beim Eurofighter die gemeinsame Beschaffung von Flugkörpern geplant. Auch bei der Nutzung der Transportflugzeuge A400M, der Transporthubschrauber CH-47F Chinook und der Kampfflugzeuge F-35A ergeben sich Synergie-Effekte, die die beiden Länder in den kommenden Jahren nutzen wollen.

- Strategische Partnerschaft Landstreitkräfte: Ende 2025 haben beide Nationen die Radhaubitze RCH 155 unter Vertrag genommen. Die ersten Systeme werden bereits 2028 erwartet. Auch bei der Überwindung von Gewässern arbeiten die Streitkräfte beider Länder eng zusammen. Gemeinsam wollen Deutschland und Großbritannien ein einheitliches Schwimmbrückensystem beschaffen – ein wichtiger Beitrag zur Interoperabilität und zur Stärkung der NATO-Ostflanke. Die gemeinsame Beschaffung der Amphibie M3 EVO soll über die europäische Rüstungsagentur OCCAR laufen. Außerdem ist die geplante Beschaffung des Brückensystems „Support Bridge“ über einen bestehenden britischen Vertrag bereits weit fortgeschritten. Weiteren Bedarf sehen die Partner beim Brückenlegesystem „Rad“ auf Basis des GTK Boxers.

- Unterwasser-Kooperation in Nordsee und Nordatlantik: Auch auf See laufe es vorbildlich, so Minister Pistorius. Die Zusammenarbeit beim Seefernaufklärer P-8A Poseidon bleibe eine Erfolgsgeschichte. Bereits nach einem Jahr konnte der Minister die erste deutsche Maschine im schottischen Lossiemouth in Empfang nehmen. Bis dato hat Deutschland drei Flugzeuge erhalten, zwei weitere werden noch in diesem Jahr erwartet. Am Rande des Minister-Treffens haben die Rüstungsdirektoren beider Länder zudem eine Vereinbarung über die Beschaffung britischer Leichtgewichttorpedos Stingray unterzeichnet.

- Ausweitung Weltraumzusammenarbeit: Mit der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Weltraum wurde kürzlich ein weiteres deutsch-britisches Schlüsselprojekt beschlossen. Konkret wird es um die Bereiche Weltraumüberwachung, Erdbeobachtung sowie Satellitenkommunikation gehen.

Es war das zweite Mal, dass der Defence Ministerial Council zusammenkam – das erste Treffen hatte am 15. Mai 2025 stattgefunden. In der Zwischenzeit tagten verschiedene Arbeitsformate: die Ministerial Group on Equipment and Capability Co-operation, das Military Steering Committee und der Defence Policy Dialogue. Zudem fanden Stabsgespräche der Teilstreitkräfte statt.

Verantwortung übernehmen: Für die Ukraine – und für Europa

Neben der bilateralen Kooperation und der engen Zusammenarbeit in der Group of Five, übernehmen Deutschland und Großbritannien auch gemeinsam Verantwortung in der NATO. Beide Länder tragen einen hohen Anteil zur Sicherung der NATO-Ostflanke im Baltikum bei – Deutschland unter anderem mit der Panzerbrigade 45 in Litauen. Darüber hinaus haben Deutschland und Großbritannien auch die gemeinsame Führung der Ukraine Kontaktgruppe (UDCG) inne und leisten umfangreiche finanzielle und militärische Hilfe, um die ukrainische Verteidigungsfähigkeit zu unterstützen. Am 17. November 2026 werden Wes Streeting und Boris Pistorius das Format zur Koordinierung der Ukraine-Unterstützung zum ersten Mal gemeinsam leiten. „Wir halten zusammen, wenn es darum geht, die Ukraine weiter zu unterstützen“, so Minister Pistorius.

Text: Lara Finke

Anzeige

Nicht nur für den kleinen Hunger zwischendurch.





INDIVIDUELLE VERPACKUNG
AUCH IN FLECKTARN MÖGLICH.

RICHARTZ
Key Tool Plus

KLEEN
WERBUNG
Telefon +49 (0) 49 71 / 92 33 10
Fax +49 (0) 49 71 / 92 33 15
info@kleen-werbung.de

Zivil-militärische Zusammenarbeit

Gemeinsam dienen. Vernetzt retten. Sicher kommunizieren.

Über 1.000 Teilnehmende aus 26 Behörden und Organisationen übten das Zusammenspiel ihrer Kommunikationssysteme bei einem schweren Zugunglück.

Am 28. und 29. Oktober 2026 führte das Bundesministerium der Verteidigung gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern die zivil-militärische Übung Mutuality & Reciprocity (MURE) auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz in Sachsen durch. Unter dem Leitgedanken „Gemeinsam dienen. Vernetzt retten. Sicher kommunizieren." trainierten mehr als 1.000 Teilnehmende aus 26 Behörden und Organisationen das Zusammenspiel ihrer Kommunikationssysteme während eines komplexen Schadensfalls. Im Fokus stand dabei die organisationsübergreifende Nutzung des BOS-Digitalfunks/TETRA.

Auch die Bundespolizei und die Landespolizei Sachsen, Feuerwehren und Technisches Hilfswerk, Rettungsdienste, das Innenministerium des Landes Sachsen und der Landkreis Görlitz beteiligten sich an der Übung. Deren Planung und Organisation lag federführend bei der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS). MURE war die erste Übung, die die zivil-militärische Nutzung der Kommunikationssysteme in einer real nachempfundenen Katastrophenlage auf den Prüfstand stellte. Dies betraf sowohl die Kommunikation auf Ebene der Einsatzkräfte als auch die der Länder und des Bundes.

> ***„Die Kommunikation ist das Nervensystem eines jeden Einsatzes. Im Ernstfall müssen alle zivilen und militärischen Akteure Hand in Hand wirken können – auf Grundlage eines gemeinsamen, integrierten Lagebildes. Die MURE 26 ist die richtige Übung zur richtigen Zeit um den konsequenten Aufbau dieses Lagebildes weiter voranzutreiben."***
>
> *Nils Hilmer, Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung*



© Bundeswehr/Steve Elbe



Bundesinnenminister Alexander Dobrindt mit Staatssekretär Nils Hilmer und Generalleutnant Andre Bodemann, Stellvertretender Befehlshaber des Operativen Führungskommandos, bei der Übung MURE in der Oberlausitz

© Bundeswehr/Anne Weinrich

Die Bundeswehr beteiligte sich unter anderem mit Kräften der Feldjäger und des Heeres sowie mit Soldatinnen und Soldaten aus dem Landeskommando Sachsen und dem Kreisverbindungskommando Görlitz an der Übung. Auch das Operative Führungskommando der Bundeswehr war in MURE eingebunden. Übungsschwerpunkt war neben der zivil-militärischen Zusammenarbeit in einer akuten Krisensituation die Erstellung eines taktischen und operativen Lagebildes gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern. Nils Hilmer, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, betonte: „Wir haben im Rahmen der MURE26 gesehen, dass Hürden wie unterschiedliche Funksysteme oder verschiedene IT-Welten überwunden werden können. Und nur wenn es auch mal hakt und ruckelt, sieht man, woran man arbeiten muss, damit man im Ernstfall ideal aufgestellt ist. Noch viel wichtiger: Man wächst bei diesen Übungen auch menschlich zusammen. Es werden persönliche Netzwerke gebildet und es entsteht gegenseitiges Verständnis und Vertrauen. Genau dies ist unbezahlbar, wenn es drauf ankommt."

Ein Zug entgleist


© Bundeswehr/Anne Weinrich

Die Übungslage bei MURE setzt in einem Szenario der Landes- und Bündnisverteidigung an. Eine Eskalation an der NATO-Ostflanke führt zu einer Verstärkung der militärischen Kräfte des Bündnisses an ihren Grenzen. Deutschland ist dabei Drehscheibe für die Verlegung der Truppen befreundeter Nationen. Parallel dazu wird der europäische NATO-Raum zum Ziel hybrider Angriffe. Auch die Bundesrepublik ist betroffen. Hierzu zählen Cyberattacken und Anschläge auf kritische Infrastruktur wie Kraftwerke, Bahnstrecken und Häfen. Aufgrund der verschärften Sicherheitslage wurde bundesweit der Katastrophenvoralarm erklärt. Die Landeskrisenstäbe sind nun dauerhaft besetzt, so auch in Sachsen – für eine schnelle Reaktionsfähigkeit im Ernstfall. In dieser Situation ereignet sich im Landkreis Görlitz ein schwerer Zugunfall. Am Bahnhof Emmerich stoßen aus ungeklärter Ursache ein Regionalexpress und ein militärischer Schienentransport zusammen. Danach liegen die Wagen beider Züge umgestürzt am Unfallort.

Das Mobilfunknetz funktioniert nicht mehr

Ein großflächiger Stromausfall erschwert zusätzlich die Lage. Das Mobilfunknetz sowie Teile des Festnetzes funktionieren nicht mehr. Nur über BOS-Digitalfunk Tetra kann die am Bahnhof anwesende Bundespolizei die Rettungskräfte alarmieren. Ihr Notruf geht bei der Integrierten Leitstelle Görlitz ein. Auch das Notfallmanagement der Deutschen Bahn wird alarmiert. Die Meldekette geht nahtlos weiter. Erste Meldungen erreichen die Bundeswehr, darunter das Operative Führungskommando der Bundeswehr, das Feldjägerdienstkommando Leipzig sowie das Landeskommando Sachsen. Das Landratsamt Görlitz informiert im Szenario zudem die Rettungsdienste und die Krankenhäuser der Region. 20 Minuten nach dem Notruf der Bundespolizei treffen schließlich die ersten Rettungskräfte ein. Am Unfallort wird umgehend eine Technische Leitstelle zur Koordination eingerichtet. Funkrufgruppen über BOS-Digitalfunk werden zu Zusammenarbeitsgruppen verknüpft – für eine verlässliche Kommunikation zwischen allen Einsatzkräften und den Leitstellen.

Die Rettung beginnt


© Bundeswehr/Anne Weinrich

Die Lage vor Ort ist dramatisch. Etwa 50 Menschen sind verletzt, teilweise schwer. Bereits jetzt sind fünf Tote zu beklagen. Die eintreffenden Rettungskräfte tasten sich schrittweise in den umgestürzten Wagon vor, übernehmen Erstversorgung und Triage, also die erste medizinische Sichtung. Schwerstverletzte werden zuerst in die umliegenden Krankenhäuser transportiert, teils mit Luftrettung. Derweil treffen immer mehr Krankenwagen verschiedener Rettungsdienste ein. In einer Kette warten sie darauf, weitere Verletzte aufzunehmen. Die Feuerwehr hat inzwischen begonnen, den Zug mit Schneidgerät zu öffnen, um die Verletzten schneller bergen zu können. Auch das Technische Hilfswerk unterstützt mit schwerem Gerät. Doch auch die ersten Schaulustigen finden sich ein. Schaulustige mit Handykameras stören die Rettungsarbeiten und müssen von der Polizei zurückgedrängt werden. Menschen suchen nach ihren Angehörigen. Ein Notfallteam trifft zur Betreuung ein. Das Landratsamt richtet eine Personenauskunftstelle und ein Bürgertelefon ein.

Militärischer Sicherheitsbereich erforderlich

Auch die Feldjäger der Bundeswehr zählen zu den ersten eintreffenden Kräften. Parallel zu den Bergungs- und Rettungsarbeiten richten sie einen temporären militärischen Sicherheitsbereich um die Unfallstelle ein. Der Grund: Zur Ladung des Militärtransports zählt auch sicherheitsempfindliches Material wie beispielsweise Funktechnik oder Drohnen. Systematisch prüfen die Soldatinnen und Soldaten die Inhalte der Container auf den Wagons und sichern sie für den Abtransport. In Absprache mit der Militärpolizei beginnt die Kriminalpolizei gleichzeitig mit der Spurensicherung, um die Unfallursache zu ermitteln. Zudem ist ein Wagon entgleist, dadurch liegt ein Panzer im Gleisbett. Zu seiner Bergung stellt der Landkreis Görlitz nach einer ersten Bewertung durch die zivilen Rettungskräfte ein Amtshilfeersuchen an das Landeskommando Sachsen. Pionierkräfte sollen bei der Räumung der Bahnstrecke unterstützen.

Sicher kommunizieren

Während der Übung kommunizieren alle Beteiligten über BOS-Digitalfunk Tetra. Nur die Einsatzkräfte vor Ort tauschen sich persönlich aus. Zudem werden dislozierte Gefechtsstände und Leitstellen über Funk angebunden. Auch außerhalb der Übung ist das System das Rückgrat der Kommunikation zwischen Blaulichtorganisationen. „BOS-Digitalfunk wird täglich von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten genutzt. Auch die Bundeswehrfeuerwehren und die Flugsicherung greifen darauf zurück“, erklärt Dr. Andreas Riemann, der in der BDBOS sowohl Betrieb, als auch Weiterentwicklung des BOS-Digitalfunks/TETRA betreut. Der Grund, so Riemann, sei die Resilienz des Systems: Pro Jahr gebe es maximal nur drei Stunden Ausfallzeit, aber eine mindestens 72 Stunden durchgängige Aufrechterhaltung nach einem Stromausfall – die Grundvoraussetzung für eine verlässliche Kommunikation in der Krise, und zwar auf ziviler als auch militärischer Ebene.



© Bundeswehr/Anne Weinrich

Text: Helene Schlieper

Bundeswehr erteilt Auftrag für Airborne-Laser-Demonstrator

Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) hat dem Unternehmen MBDA den Auftrag zum Bau eines Demonstrators für einen luftgestützten Laser erteilt. Ziel dabei ist es, die technologischen Grundlagen für zukünftige Laserwaffen an Bord von Flugzeugen zu schaffen.

Lasertechnologie gilt seit 2019 als strategisches Schwerpunktthema der deutschen Forschung und Entwicklung sowie als nationale Schlüsseltechnologie im Rahmen der SVI-Strategie der Bundesregierung und des Bundesministeriums der Verteidigung. Das Schrobenhausener Unternehmen MBDA positioniert sich dabei als langjähriger Entwicklungspartner für Lasereffektoren und hat in den vergangenen Jahren durch signifikante Eigeninvestitionen die notwendigen Technologien kontinuierlich erarbeitet, verschiedene Demonstratoren aufgebaut und erprobt.

Der nun erteilte Auftrag sieht die Auslegung wesentlicher Komponenten eines sogenannten Laser-Pods bereits für den späteren Flugbetrieb vor. Damit soll die Machbarkeit einer luftgestützten Laserwaffe geprüft und die Basis für eine künftige Einsatzfähigkeit bei der Luftwaffe geschaffen werden. Bei der Entwicklung soll besonderer Wert auf deutsche Lieferketten und heimisches System-Know-how gelegt werden, um Souveränität bei dieser Schlüsseltechnologie zu sichern.

In Fachkreisen gilt die Entwicklung eines luftgestützten Lasers als besonders anspruchsvolle Disziplin der Laserwaffentechnik – vor allem wegen der extremen Anforderungen an Größe, Gewicht und Widerstandsfähigkeit gegenüber Flugbedingungen. Solche Systeme sollen künftig vor allem Drohnen und Marschflugkörper abwehren können. Hochenergie-Lasereffektoren können zum Schutz von Flugzeugen, Schiffen, Fahrzeugen oder Soldaten und deren Infrastruktur gegen vielfältige feindliche Bedrohungen eingesetzt werden.

Die Vorteile von Laserwaffen sind u.a. die schnelle, präzise Bekämpfung von Zielen sowie der munitionslose Betrieb, der bezüglich Gewicht und Logistik eine ideale Alternative zu ballistischen Wirkmitteln darstellt.

Text: MBDA; DK



Der beauftragte Airborne-Laser-Demonstrator soll die Grundlagen für eine reale Fähigkeit schaffen, die völlig neue Möglichkeiten in den Bereichen Schutz und Wirkung aufzeigen könnte.

© MBDA

IMPRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts:
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de